

In den neunziger Jahren entstand für einen Moment der Eindruck, dass es bald keine Ämter und Organisationen für Umweltschutz mehr brauche – die Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen würde bald wie selbstverständlich in die Wirtschaft integriert. Dreissig Jahre später ist das Gegenteil eingetroffen. Selten wurde so erbittert um den Umweltschutz gestritten wie heute. Ob beim Klima, in der Landwirtschaft oder beim Wolf: Einen lagerübergreifenden Konsens gibt es schon lange nicht mehr. Uneinigkeit herrscht sowohl bei der Problemanalyse wie auch bei der Lösungssuche – Umweltschutz ist zum Kulturkampf verkommen.

Eine häufige Begründung lautet, die gesellschaftliche Polarisierung habe zugenommen – und erstrecke sich auch auf den Umgang mit der Natur. Das greift zu kurz. Die Herausforderungen sind heute fundamental andere. Im letzten Jahrhundert waren die Umweltprobleme lokal beschränkt – und sie liessen sich entsprechend vor Ort bewältigen: etwa mit dem Bau von Abwasserreinigungs- und Kehrverbrennungsanlagen.

Heute bedrohen der Klimawandel und der Verlust von Lebensräumen unsere Lebensgrundlagen und die Ökosysteme in globalem Mass. Lösen lassen sich diese Probleme nur, indem wir den Verbrauch von Ressourcen, die Emissionen aus Produktionsprozessen und aus dem Konsum allgemein drastisch senken.

## Management statt Technik

Gefragt ist ein systemischer Wandel, der neben technischen Lösungen auch unsere Lebensweise verändert, zum Beispiel bei der Mobilität. Kluges Management bringt dabei weit mehr als allein technische Verbesserungen, etwa von Fahrzeugen. Die gute Nachricht ist, dass viele umweltfreundliche Lösungen schon bereitliegen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass sie meist zu teuer sind. Oft heisst es, der Markt sei noch nicht reif oder eine Neue-

# Das Klima braucht den klug organisierten Markt

*Eine Dekarbonisierung kann nur gelingen, wenn die Politik sich schneller bewegt – und dem Markt den Weg frei macht.*

*Gastkommentar von Ion Karagounis*

rung habe sich am Markt noch nicht durchsetzen können. Dabei wird vergessen, dass jeder Markt im Rahmen gesetzlicher Schranken und kultureller Gegebenheiten funktioniert.

Das meiste davon nehmen wir gar nicht wahr – einfach deshalb, weil die Vorbedingungen schon lange bestehen und als normal gelten. Sie entstanden jedoch, als es noch kaum Probleme mit der Umwelt gab. Heute behindern sie neue, umweltfreundliche Lösungen. Das klassische Beispiel: Wer einen Benziner fährt, muss nichts bezahlen für die Schäden, die er mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss anrichtet, weil es in der Schweiz bisher keine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin gibt. Das ergibt Kostenvorteile gegenüber einem Elektroauto, die sich aus heutiger Sicht nicht mehr rechtfertigen lassen.

Umwelt- und Klimaschutz können langfristig nur Erfolg haben, wenn wir die Rahmenbedingungen ändern. Das können Ge- und Verbote sein oder marktwirtschaftlich orientierte Instrumente wie Abgaben auf schädliche Emissionen. Welche Lösung angebracht ist, sollte nach der erwünschten Wirkung und Effizienz beurteilt werden, nicht nach politischer Präferenz.

Marktwirtschaftliche Instrumente sind dort sinnvoll, wo Alternativen bereitstehen. Gebäude lassen sich heute in den allermeisten Fällen gut isolieren und mit erneuerbarer Energie heizen, Elektromobile sind technisch längst ausgereift. Ist hingegen ein absoluter Schutz notwendig, eignen sich Verbote besser. Dazu zählen ein Verbot landwirtschaftlicher Bewirtschaftung in Grundwasser-

schutzzonen oder ein Verbot für den Einsatz besonders schädlicher Pestizide.

Verbote sind zudem sinnvoll, wenn marktwirtschaftliche Anreize zu langsam greifen. Vor zwanzig Jahren hätten wir eine kräftige CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe einführen und getrost den Markt spielen lassen können. Das haben wir verpasst. Heute müsste eine solche Abgabe absurd hoch sein, um den Zeitrahmen der Klimaverträge einhalten zu können. Da wäre ein Verbot ab 2040 der ehrlicher und effizientere Weg. Wer hier Einwände vorbringen will, sollte bedenken: Es wird niemandem verboten, Auto zu fahren. Es wird lediglich verboten, eine Technologie zu nutzen, die Gesundheit und Klima über Gebühr schädigt.

## Weniger Regulierung ist oft mehr

Umweltfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, braucht nicht zwingend ein Mehr an Regulierung. Oft führt ein Weniger zum Ziel. Dazu zählt das Abschaffen von direkten und indirekten Subventionen, die der Umwelt schaden. Konkret: keine Ausnahme für Pistenfahrzeuge bei der Mineralölsteuer, keine für landwirtschaftliche Fahrzeuge bei der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Keine Reduktion von Netzzuschlägen für Indooranlagen und Luxushotels, keine Subventionen für Fleischprodukte. Damit würde nicht der freie Markt eingeschränkt, im Gegenteil: Es würden Privilegien für einzelne Akteure abgeschafft.

Politik und Wirtschaft sind untrennbar verknüpft. Sollten sich klimafreundliche Lösungen langfristig nicht durchsetzen, läge nicht ein Marktversagen vor, sondern ein Politikversagen. Klar ist, dass sich die Wirtschaft – anders als vor dreissig Jahren erhofft – ohne gesetzliche Vorgaben zu wenig schnell bewegt.

Ion Karagounis war bis Ende 2024 beim WWF Schweiz zuständig für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen.